

STARNBERG

Bürgerbeteiligung nicht vertretbar

Die Wählergemeinschaft Pro Starnberg (WPS) begrüßt den kürzlich gefassten Planfeststellungsbeschluss für die Westtangente. Er sei „längst überfällig“, schrieben sie in einer Pressemitteilung. Sie macht sich aber Sorgen um finanzielle Folgen für die Anwohner der Hanfelder Straße sowie anderer Staatsstraßen in Starnberg. „Sobald die Westumfahrung in Betrieb geht, kann die Hanfelder Straße von einer Staats- zur Ortsstraße abgestuft werden“, erinnern die WPS-Vertreter. Dann könne die Stadt sie verkehrsberuhigt umbauen. An den Kosten würden aber die Anwohner beteiligt. WPS-Chef Prof. Günther Picker hält das für „moralisch nicht vertretbar“ und bezieht die schon vorgestellten Pläne zum Umbau der Söckinger-/Andechser Straße mit ein. Nach Ansicht der WPS müsse auch die Possenhofener Straße schnell folgen. Es müsse schnell eine bürgerfreundliche Lösung gefunden werden, fordert Picker. irl